

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/96

20. Mai 1976

Zum Tode von Jeanette Wolff

---

Sie verkörperte ein Stück Geschichte des demokratischen Sozialismus

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Seite 1 und 1a / 56 Zeilen

Die Devise heißt Leistungskraft und Wirtschaftlichkeit

---

Zum Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Dienstrechtsreform

Von Helmuth Becker MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 61 Zeilen

Beziehungen Bonn - Belgrad intensiviert

---

Ergebnisse der IV. deutsch-jugoslawischen Parlamentarier-Konferenz

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender der deutsch-jugoslawischen Parlamentariergruppe und Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 bis 6 / 91 Zeilen

Solidarität - Grundwert oder Kampfbegriff?

---

Wie sich Dr. von Weizsäcker im Bundestag mit sozialdemokratischen Programmaussagen befaßt

Von Heinz Rapp MdB

Mitglied der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

Seite 7 bis 9 / 117 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 19, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 406  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 39  
Telex: 06 86 646 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Zum Tode von Jeanette Wolff  
-----

Sie verkörperte ein Stück Geschichte des demokratischen Sozialismus

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

"Zivilcourage ist notwendiger als Heldentum" - dies war die Lebensmaxime Jeanette Wolffs, die uns am Mittwoch im Alter von 87 Jahren für immer verlassen hat. Bekannermut, Solidarität und großartige Einsatzbereitschaft hat sie bis zuletzt bewiesen.

Man muß einige Daten ihres Lebensweges kennen, um das Außergewöhnliche an dieser Frau voll begreifen zu können: Jeanette Wolff wurde als Älteste von 16 Kindern einer jüdischen Familie in Bocholt in Westfalen geboren. Mit 17 Jahren trat sie der SPD bei, zu einer Zeit, als der Staat den Frauen die Mitgliedschaft in einer Partei noch verbot. Bereits 1919 war sie Stadtverordnete in Bocholt und Vorstandsmitglied der SPD im westlichen Westfalen. 1920 wurde sie in den Vorstand des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gewählt. Bekämpfung des Nationalsozialismus; von 1933 bis 1935 in "Schutzhaft", danach unter Gestapo-Aufsicht. Von 1941 bis 1945 im KZ.

Nach dem Krieg war Jeanette Wolff als Vorstandsmitglied der SPD-Berlin maßgeblich am Kampf gegen die Fusion SPD/KPD beteiligt. - Bis 1974 war sie als Vorsitzende vieler jüdischer Verbände Mitglied des Direktoriums der Juden in Deutschland und Ratspräsidentin der Ratstagung. Von 1952 bis 1961 war sie Berliner Bundestagsabgeordnete. 1967 wurde Jeanette Wolff die Ehre einer Stadtältesten zuteil.

"Sieh' auf das Leid anderer, das eigene wird klein", sagte Jeanette Wolff, ein Mensch, der kaum von einem Leid verschont geblieben ist. Ihr Ehemann wurde von der SS im Konzentrationslager erschossen; von ihren drei Kindern kamen zwei Töchter im KZ um. Aber auch als Leidende blieb sie die Überwindende und Hilfebringende. Jeanette Wolff kann als Vorbild einer Deutschen gelten, die Jüdin war. Und mancher von uns erkennt in ihr

eine jüdische Antigone: "Nicht mitzuhasen, mitzulieben bin ich da". Jeanette Wolff hat als Mensch und Politikerin, als Bedrängte und Verfolgte vor allem durch Verdröhnung ihren Beitrag zur praktischen Friedenspolitik geleistet.

Wer Jeanette Wolff im politischen Alltag begegnet hat, weiß um ihre Fähigkeit, daß sie nicht nur ausgezeichnet organisieren konnte, sondern daß sie auch immer das angestrebte Ziel erreichte. Mit dem ihr eigenen Temperament - viele von uns durften dies zuletzt an ihrem 85. Geburtstag bei dem ihr zu Ehren gegebenen Empfang sowie bei einer besonders schönen und eindrucksvollen Begegnung im vergangenen Jahr anlässlich einer Veranstaltung des Jüdischen Frauenbundes erleben - setzte sie sich für die sozial Benachteiligten, für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ein.

Jeanette Wolff hat uns oftmals, auch gleich nach ihren Operationen in langen Telefongesprächen, nicht nur aus ihrer Erfahrung und von ihren Ansichten und Bewertungen berichtet, sondern immer auch bewiesen, daß sie über Gegenwartssituationen voll informiert und immer bereit war, Zukunftsgestaltung zu bedenken und dafür Impulse zu geben. Ich persönlich wurde von ihrem Hinweggehen überrascht, weil auch das letzte Telefongespräch vor einigen Wochen einen Gesamteindruck von Lebenskraft und Lebenswille hinterließ.

Jeanette Wolff ist ein Stück Geschichte des demokratischen Sozialismus, auch ein Teil der Passion der 113 Jahre alten Partei. Dieser warmherzigen, außergewöhnlichen Frau gehört auch über ihren Tod hinaus unsere Solidarität, unsere Liebe und unsere Hochachtung. (-/20.5.1976/vs/pr)

+ + +

Die Devise heißt Leistungskraft und Wirtschaftlichkeit  
-----

Zum Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Dienstrechtsreform

Von Helmuth Becker MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Die sozial-liberale Koalition hat seit 1969 das Bundespersonalvertretungsgesetz verabschiedet, Besoldungsrückstände im öffentlichen Dienst beseitigt, die Besoldungsvereinheitlichung in Bund, Ländern und Gemeinden weitgehend abgeschlossen und damit gleichzeitig den Weg für eine bundeseinheitliche Neuordnung des Bezahlungsrechts der Beamten geöffnet. Denn diese Neuordnung kann nur auf der Grundlage einer vereinheitlichten Besoldung durchgeführt werden.

Das jetzt vorgelegte Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Dienstrechtsreform baut auf diesen Maßnahmen auf. Es weist die Richtung für weitere realistische Schritte des Reformvorhabens, das nur über einen längeren Zeitraum verwirklicht werden kann. Vor allem sollen jetzt die Bezahlungssysteme der Beamten, Angestellten und Arbeiter weiter angeglichen werden. Dazu wird die Bezahlung der Beamten so anforderungs- und leistungsgerecht gestaltet, daß starre Laufbahngrenzen und Stellenkegel entbehrlich werden. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Aktionsprogramm auch das Ziel einer verbesserten Aus- und Fortbildung der Beschäftigten. Weitere wichtige Maßnahmen kommen hinzu.

Sozialdemokraten wollen im Gegensatz zu den Unionsparteien keinen anderen öffentlichen Dienst, bei dem der Bereich der Leistungsverwaltung abgebaut wird. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß ohne öffentliche Leistungen der Grundwert sozialer Gerechtigkeit nicht zu verwirklichen ist. Der öffentliche Dienst ist also nicht abzubauen, sondern den gestiegenen und veränderten Aufgaben anzupassen. Wir brauchen einen öffentlichen Dienst von hoher Qualifikation. Und wir brauchen künftig mehr und bessere Informationen über die Leistungen, die von öffentlichen Verwaltungen heute erbracht werden.

Die bisherigen Maßnahmen zur Dienstrechtsreform konnten wegen der Unfähigkeit der früheren Unionsregierungen nur mit sehr großer zeitlicher Verzögerung verwirklicht werden. Die SPD hatte bereits im Jahr 1963 und dann

erneut im Jahre 1966 die Einsetzung einer Studienkommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für das Beamtenrecht verlangt, leider vergeblich. Obwohl schon in diesen Jahren die Auseinanderentwicklung der Besoldung erkennbar gewesen war, unterstützte die CDU/CSU-Bundesregierung nicht die Initiative der SPD-Bundestagafraktion, einheitliche Richtlinien zur Dienstpostenbewertung und zur Harmonisierung der Stellenpläne in den Ländern zu vereinbaren. Es ist zu hoffen, daß die Union aus ihren Fehlern gelernt hat.

Sozialdemokratisches Ziel der Reform ist, das Dienstrecht für alle Beschäftigten nach einheitlichen Grundsätzen zu gestalten, Differenzierungen aber dort vorzunehmen, wo eine sachliche Notwendigkeit besteht. Bewährte Elemente des Beamten- und Arbeitsrechts sind zu vereinigen. Dabei steht fest: Auch in Zukunft brauchen wir in öffentlichen Verwaltungen Beschäftigte, die den Dienst für die Allgemeinheit als Lebensaufgabe ansehen, deren Unabhängigkeit durch eine Lebenszeit-Anstellung gesichert ist und die Rechtsstaatlichkeit und Zuverlässigkeit unserer Verwaltungen gewährleisten.

Die Dienstrechtsreform muß mit einer Verwaltungsreform gekoppelt werden. Eine gute Organisation der Verwaltung sorgt für ihre Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit. Sie trägt durch Wegfall von Leerlauf und Reibungsverlusten zur Arbeitsfreude der Beschäftigten bei. Sie ermöglicht sinnvolle Planung und die Umsetzung politischer Zielvorstellungen der Verwaltungsspitze. Damit liegt sie im Interesse aller Bürger, nicht zuletzt aber auch im Interesse der Beschäftigten und Regierungverantwortlichen selbst. Der Bund hat hier - anders als im Dienstrecht der Beamten - keine Rahmenkompetenz für alle öffentlichen Verwaltungen im Bundesgebiet. Die Materie ist kompliziert und bildet ein Mosaik zahlreicher Einzelprobleme. Deshalb ist es verständlich, daß die Verwaltungsreform nicht in gleichem Maße im Blickfeld der Öffentlichkeit steht wie die Dienstrechtsreform. Es ist zu begrüßen, daß die Bundesregierung bisherige Maßnahmen zur Verwaltungsreform durch weitere Vorschläge ergänzen will.

Die bisherige Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hat sich bewährt, sie muß in allen Fragen des öffentlichen Dienstes intensiv fortgesetzt werden.

(-/20.5.1976/ve/pr)

Beziehungen Bonn - Belgrad intensiviert

Ergebnisse der IV. deutsch-jugoslawischen Parlamentarier-Konferenz

Von Kurt Mettlich MdB

Vorsitzender der deutsch-jugoslawischen Parlamentariergruppe  
und Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die IV. deutsch-jugoslawische Parlamentarier-Konferenz hat durch die offene und freundschaftliche Aussprache über alle wesentlichen Aspekte des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses sowie über die beide Länder berührenden innen- und außenpolitischen Fragen in erheblichem Maße dazu beigetragen, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu vertiefen.

Die Konferenz in Bonn war vor allem folgenden Themen gewidmet: die innen- und außenpolitische Lage in Jugoslawien und in der Bundesrepublik Deutschland; die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen; Probleme jugoslawischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland; der Nord-Süd-Dialog; die KSZE-Ergebnisse nach Unterzeichnung der Schlußakte in Helsinki und die Weiterentwicklung der KSZE-Politik.

Beide Parlamentariergruppen haben auch in aller Offenheit über ein Problem gesprochen, das gerade in dieser Frage die deutsch-jugoslawische Beziehungen überschattete: die Terroranschläge jugoslawischer Exilgruppen in der Bundesrepublik. In der Aussprache ergab sich eine gemeinsame Überzeugung dahingehend, daß durch enge Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf allen Ebenen alles getan werden muß, um ähnliche Gewaltakte in Zukunft zu verhindern. Von jugoslawischer Seite wurde der interessante Vorschlag gemacht, daß die Gerichte in beiden Ländern stärker zusammenarbeiten sollten. Auf deutscher Seite bedarf es allerdings auch der aktiven Mithilfe aller Bundesländer, um ähnliche Terroranschläge für die Zukunft auszuschließen. Ohne diese Mithilfe wird es keine wirkliche Lösung dieses Problems geben.

Großen Raum in der Diskussion zwischen beiden Parlamentariergruppen haben Wirtschaftsfragen eingenommen. Obgleich das deutsch-jugoslawische Handelsvolumen relativ hoch war und ist, hat im Krisenjahr 1975 auch hier ein Einbruch stattgefunden. Wie der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Dr. Rohwedder, dazu ausführte, hing dieser Einbruch sowohl mit der verringerten Möglichkeit der Bundesrepublik, Güter abzunehmen, zusammen, als auch mit einer etwas verminderten Wettbewerbsfähigkeit jugoslawischer Produkte in der Bundesrepublik. Wenn auch die Einnahmen aus dem Tourismus

und die Überweisungen jugoslawischer Gastarbeiter das Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz abgemildert haben, so empfand man es doch beiderseits als notwendig, jugoslawische Exporte in die Bundesrepublik zu verstärken.

Günstige Aussichten ergeben sich in diesem Zusammenhang vor allem durch eine Verstärkung von deutschen Investitionen in Jugoslawien sowie durch eine Intensivierung der industriellen Kooperation. Ungelöst ist dabei allerdings noch das Problem einer Transfergarantie im Falle von Liquidationen und bei der Rückführung von Gewinnen. Auch in der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien auf Drittmärkten ergeben sich interessante Möglichkeiten für gemeinsame Aktivitäten. Eine solche Zusammenarbeit wurde bereits beim Aufbau eines Kraftwerkes in Ägypten praktiziert und soll weiter ausgedehnt werden. In der KSZE-Schlußakte ist vorgesehen, die Firmenvertretung in anderen Ländern zu intensivieren. Hier bestand auf deutscher Seite der Wunsch, möglichst bald entsprechende Vereinbarungen mit Jugoslawien zu treffen. Diese Frage wird auch ein wichtiges Thema bei der Sitzung der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftskommission gewesen sein, die in diesen Tagen stattgefunden hat.

Bei der Behandlung der Probleme jugoslawischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik stand vor allem die Frage des Kindergeldes und des Problem der Rückkehr im Vordergrund. Wenn die Kindergeldlösung auch für die jugoslawische Seite nicht unbedingt als voll zufriedenstellend angesehen wurde, so war doch Verständnis für die auf deutscher Seite jetzt praktizierte Lösung zu spüren. Die Bundesregierung, vertreten durch den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Hermann Buschfort, hat klar zu erkennen gegeben, daß sie auch in der gegenwärtigen Lage nicht daran denkt, die Rückkehr jugoslawischer Gastarbeiter in ihr Heimatland etwa durch eine Rückkehrprämie zu beschleunigen. Weiter nachgedacht werden muß allerdings über das Problem, wie die Sparguthaben jugoslawischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik in Jugoslawien besser genutzt werden können.

Eine erfreuliche Übereinstimmung in zahlreichen Fragen, die Jugoslawien und die Bundesrepublik im Nord-Süd-Dialog interessieren, ergab sich in der Diskussion mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Alwin Brück. Auch in Jugoslawien hat die Erhöhung der Energie- und Rohstoffpreise spürbare Wirkungen gehabt. Sicherlich waren die Vorstellungen über den Inhalt einer von beiden Seiten

als notwendig gefundenen Weltwirtschaftsordnung nicht identisch, aber das Bemühen, für mehr Gerechtigkeit im Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern einzutreten, war auf beiden Seiten vorhanden und wurde als vordringlich empfunden.

Fragen der KSZE-Politik stellten den abschließenden Verhandlungsgegenstand der Konferenz dar. Staatsminister Wischniewski legte eine positive, wenn auch kritische Bilanz der bisherigen KSZE-Ergebnisse vor. Beide Seiten stimmten darin überein, daß es keine Alternative zu einer Politik der Entspannung und des Bemühens um Ausgleich im Ost-West-Verhältnis gibt. Sie waren der Auffassung, daß der Fortgang der KSZE-Politik weiterhin auch parlamentarisch begleitet werden sollte, und zwar durch eine weitere KSZE-Konferenz im Rahmen der IPU. Es wurde vereinbart, die fünfte deutsch-jugoslawische Parlamentarier-Konferenz, die voraussichtlich im Frühjahr 1977 in Sarajevo stattfinden wird, ganz der KSZE-Problematik zu widmen.

Den Abschluß der vierten deutsch-jugoslawischen Parlamentarier-Konferenz stellt ein Besuch der jugoslawischen Delegation in Nordrhein-Westfalen dar. Hier sind unter anderem Gespräche mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung sowie mit jugoslawischen Gasterbeiterorganisationen vorgesehen. Dies ist sicherlich ein nicht zu unterschätzender zusätzlicher Programmpunkt in den Gesprächen, die wir unseren jugoslawischen Kolleginnen und Kollegen hier in der Bundesrepublik anbieten können. Wie bisher, ist auch diese Konferenz in ausgezeichneter Atmosphäre verlaufen. Die Konferenz ist nunmehr ein fester Bestandteil der deutsch-jugoslawischen Beziehungen.

(-/20.5.1976/mie/pr)

+ + +

Solidarität - Grundwert oder Kampfbegriff?  
-----

Wie sich Dr. von Weizsäcker im Bundestag mit  
sozialdemokratischen Programmaussagen befaßt

Von Heinz Rapp MdB

Mitglied der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

In seinen beiden Bundestagsreden vom 12. Mai 1976 hat der CDU-Abgeordnete Dr. Richard von Weizsäcker behauptet, in den programmatischen Aussagen der SPD komme der Solidarität keineswegs der Rang eines Grundwertes zu; vielmehr sei Solidarität nach sozialdemokratischem Verständnis nach wie vor ein Kampfbegriff:

- Die Arbeiterbewegung habe zu ihrer Zeit Erfolge gehabt dank eines kämpferischen "gegen die anderen" gerichteten Solidaritätsverständnisses; die Durchsetzung ihrer schutzwürdigen Belange sei der Arbeiterbewegung damals in der Tat nur durch den solidarischen Zusammenschluß zu starken Vereinigungen möglich gewesen.
- Es genüge jedoch nicht, "immerfort frühere Zustände in die Gegenwart hineinzuprojizieren und frühere Solidaritäten revitalisieren zu wollen". Die Forderung nach einer solidarischen Gesellschaft könne heute nicht mehr verstanden werden als der Kampf der Gleichen gegen die anderen, sie müsse vielmehr umgesetzt werden in Brüderlichkeit mit dem Nächsten - und dies "gerade nicht, weil er gleich, sondern weil er anders ist". Dem trage - im Unterschied zu den programmatischen Aussagen der SPD - der Solidaritätsbegriff der CDU Rechnung.

Zunächst muß stutzig machen, daß es Dr. von Weizsäcker zur Stützung dieser seiner Abgrenzungsthese offenbar nötig zu sein schien, die Passage im Orientierungsrahmen 85 der SPD, die den Irrtum des Konservatismus (Tz 1.2) herausarbeitet, in seiner Rede verflüchtend zu zitieren: Im Verstärken des demokratischen Sozialismus könne es - so Dr. Weizsäcker MdB - "Solidarität nicht geben zwischen arm und reich, zwischen mächtig und machtlos, zwischen wissend und unmündig". Zunächst einmal läßt Dr. von Weizsäcker das Wort "wirkliche Solidarität" aus, das ja seine Bedeutung hat; darüber hinaus aber unterschlägt er den ganzen zweiten Teil des von ihm zitierten Satzes, der verdeutlicht, daß an dieser Stelle im OR 85 nicht etwa ein politisches Postulat aufgestellt, sondern Wirklichkeit beschrieben wird. In korrekter Zitierung lautet der Abschnitt im OR 85 über den Irrtum des Konservatismus wie folgt:

Es ist der Irrtum des Konservatismus, es könne zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Machtlosen, Wissenden und Unmündigen wirkliche Solli-

darität geben und man könne die rechtlich-politische Freiheit für alle bewahren, wenn man die ökonomische, soziale und kulturelle Freiheit einer Minderheit vorbehält.

Im dritten Absatz desselben Abschnitts - Tz. 1.2 von OR 85 - wird noch zusätzlich verdeutlicht, wie der von Dr. von Weizsäcker absichtsvoll verkürzte Wenn-Dann-Satz gemeint ist: Ausführlich wird dargelegt, Solidarität komme zwar besonders im Zusammenhalt von Gruppen zum Ausdruck, deren Angehörige gemeinsam gegen Abhängigkeiten und Benachteiligungen zu kämpfen haben.

- "Solidarität ist jedoch mehr als die Summe von Einzelinteressen und auch nicht nur eine Waffe im sozialen Kampf. Solidarität drückt die Erfahrung und die Einsicht aus, daß wir als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben können, wenn wir uns für einander verantwortlich fühlen und einander helfen. Solidarität hat für uns eine allgemeine menschliche Bedeutung; sie darf daher auch nicht an den nationalen Grenzen aufhören. Aus dem Grundwert Solidarität erwachsen für jeden Pflichten gegenüber seinen Mitmenschen und gegenüber der Gesellschaft."

Dies alles unterschlägt Dr. von Weizsäcker - muß er wohl unterschlagen, weil offenbar sein Feindbild fordert, daß die Programmatik der SPD menschenfeindlich zu sein hat. Die Frage liegt nahe, welches Verständnis von Solidarität wohl Herrn von Weizsäcker und seiner CDU eigen sein mag. Der Satz in der Rede Dr. von Weizsäckers, die schwierigste Forderung im Zusammenleben der Menschen sei es, "solidarisch zu sein mit dem Nächsten - gerade nicht, weil er gleich, sondern weil er anders ist als ich selber", richtet sich angesichts der verleumderischen "Freiheit statt Sozialismus-Kampagne" der Union doch wohl in erster Linie gegen die CDU/CSU selbst.

Nun ist die aufgezeigte Entfaltung des Solidaritätsbegriffs nicht etwa durch OR 85 neu in die Programmatik der SPD eingeführt worden. Schon im Schlußabschnitt des Godesberger Programms ("Unser Weg") wird herausgearbeitet, wie in dem Maße, in dem die sozialistische Bewegung für mehr Menschen mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Wohlstand mit hat durchsetzen können, "die Sozialdemokratische Partei aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes" geworden ist. Wenn es dann weiter heißt, die Partei wolle "die durch die industrielle Revolution und durch die Technisierung aller Lebensbereiche entbundenen Kräfte" - der darin mitschwingende Fortschrittsoptimismus mußte im OR 85 problematisiert werden - "in den Dienst von Freiheit und Gerechtigkeit für alle stellen", so ist klar, daß Sozialdemokraten schon in ihrem Grundsatzprogramm Solidarität nicht als Kampfbegriff verstanden oder dahin verkürzt haben, daß man den auf der Straße verunglückten Gegner selbstverständlich ins Krankenhaus führt; vielmehr hat Solidarität schon im Grundsatzprogramm der SPD "allgemeine menschliche Bedeutung". Die SPD hat keinen ausschließenden Begriff von Solidarität - aus der Solidarität schließt sich freilich zu

Lasten der anderen, damit aber letztlich keineswegs zu seinen eigenen Gunsten, aus, wer "ökonomische, soziale und kulturelle Freiheit einer Minderheit vorbehalten will".

Hätte sich Dr. von Weizsäcker die Mühe gemacht, der Entstehungsgeschichte des Godesberger Programms der SPD nachzugehen, so würde ihm aufgefallen sein, daß gerade in diesem Zusammenhang die Befassung mit der katholischen Soziallehre besonders intensiv war. Oswald von Nell-Breuning hat darauf ebenso hingewiesen wie Willi Eichler. Es war Prof. Dr. Gerhard Weiser, einer der Väter des Programms, der besonders eindringlich den Unterschied zwischen dem Kampfbegriff und dem Grundwert der Solidarität aufgezeigt hat. Franz Klüber ("Katholische Soziallehre und Demokratischer Sozialismus", 1974, Seite 32) findet, daß hier in überraschender Übereinstimmung mit der an thomistischer Philosophie orientierten Methode vom Sein auf das Sollen, von der "sozialmetaphysischen Verfaßtheit der Person als ens sociale" auf ihre sozialethische Bindung geschlossen werde.

Bei sorgfältigem Vergleich der Parteiprogramme wird man feststellen, daß das Solidaritätsverständnis des Godesberger Programms der SPD und das des im Entwurf vorliegenden Grundsatzprogramms der CDU gar nicht so weit von einander entfernt sind: an nicht wenigen Stellen wird bis in die Wortwahl und den Sprechstil hinein spürbar, daß es mindestens eine gemeinsame Quelle gegeben haben muß. Die CDU ist offensichtlich skeptischer als die SPD bezüglich der Durchsetzung von Eigeninteressen in Gruppensolidarität; die SPD ist - etwa auf die Gewerkschaften bezogen - darin sehr viel optimistischer, daß der demokratisch verfaßte Verband das Gemeinwohl zu wahren vermag: Gerade in großen Verbänden steht das einzelne Mitglied in vielfältigen Interessenkollisionen; durch gemeinwohlschädigende Durchsetzung von Partialinteressen schädigten sich die meisten Mitglieder selber.

Der eigentliche Unterschied zwischen den beiden Parteien besteht in der Implementierung des Grundwerts der Solidarität (und der anderen Grundwerte) in praktischer Politik.

Dr. Rainer Barzel hat im Bundestag gesagt, die Nation kenne seinen Fraktionskollagen Dr. von Weizsäcker als einen Ehrenmann. In Ordnung. Sicher aber ist freilich auch, daß man sich in einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung um seine Reputation brächte, wenn man mit der Gegenmeinung so nachlässig und so parteilich umginge, wie dies durch Dr. von Weizsäcker in der politischen Auseinandersetzung um das programmatisch ausgewählte Solidaritätsverständnis der Sozialdemokraten getan hat.

(-/20.5.1976/vp/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller